

Fröhliche Lieder, westdeutscher Quatsch und Prager Frühling

Die DDR-Universitäten im Jahre 1968

Stefan Wolle

Am 12. August 1968, also etwa eine Woche vor dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes, trafen sich Walter Ulbricht und Alexander Dubček noch einmal überraschend in Karlovy Vary. Ob Ulbricht im letzten Augenblick die tschechoslowakische Führung zum Einlenken bewegen wollte oder ob es seine Absicht war, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit einzuschläfern, sei dahingestellt. Jedenfalls herrschte in dem traditionsreichen böhmischen Kurbad ein letztes Mal der trügerische Schein brüderlicher Beziehungen. Am 13. August 1968 traten die beiden Parteichefs vor die internationale Presse, um die Fragen der Journalisten zu beantworten.

Ulbricht vermied jeden Angriff auf die Politik des Prager Frühlings, rühmte aber ausführlich die Errungenschaften der DDR. Dabei erzielte der SED-Chef mehrere unfreiwillige Heiterkeitserfolge. Auf die Frage, ob es in der DDR auch Studentenunruhen geben könnte, antwortete er: „Wir sind mit der Universitätsreform so weit, daß alle Studenten nur den Fortschritt sehen. Sie haben gar keine Zeit, sich mit der bürgerlichen Ideologie, die aus Westdeutschland importiert wird, zu beschäftigen. Lieber singen sie fröhliche Lieder, als daß sie diesen westdeutschen Quatsch hören. So ist die Lage.“¹

Der äußere Anschein gab Walter Ulbricht recht. Während in der ganzen Welt die Studenten auf die Straße gingen, um gegen das Establishment zu protestieren, herrschte an den Universitäten der DDR friedvolle Ruhe. Dennoch lohnt es sich, einen Blick hinter die Fassade zu werfen. Auch in der DDR und nicht zuletzt an den Universitäten waren die späten sechziger Jahre eine Zeit voller innerer Spannungen.

In der DDR überschritten sich 1968 vier Entwicklungslinien, die aus unterschiedlichen Quellen gespeist wurden und in unterschiedliche Richtungen wiesen, sich aber in der öffentlichen Wahrnehmung wie in der Erinnerung zu einem komplexen Phänomen verbanden. In der gesamten industriellen Welt gab es einen Generationenwechsel. Die nach dem Krieg aufgewachsenen jungen Leute stellten höhere materielle und ideelle Forderungen an die Gesellschaft. Ein Leben, das nur aus Erwerbstätigkeit und Konsum zu bestehen schien, war ihnen nicht mehr lebenswert. Sie wollten mehr Entfaltungsmöglichkeiten, mehr Freizügigkeit und trotz ihrer Verachtung für den schnöden Wohlstand auch mehr materielle Güter. Dieser normale Generationswechsel fand seinen Ausdruck in der Popmusik, in der Mode, speziell in den Haar- und Bartrachten. Auch in der DDR erregten sich Eltern, Polizisten, Lehrer und Vorgesetzte über lange Haare, kurze Röcke und laute Musik.

Das zweite Grundthema der Zeit war ein Resultat des Kalten Krieges, der trotz erster Entspannungserfolge nichts von seiner ideologischen Schärfe verloren hatte. Dadurch wurde der Generationenkonflikt in Ost und West radikal politisiert. Die konservativen Kräfte auf beiden Seiten der ideologischen Front sahen in dem hedonistischen Gestus der Popkultur einen Angriff auf die jeweiligen Grundwerte. Die Reaktion der westlichen Jugend war ein Aufbruch zu neuen Horizonten. Die angestaubten Thesen der politischen Linken erwachten zu einem überraschenden neuen Leben. Sogar aus China,

1 In: Neues Deutschland v. 14.08.1968.

das sich in der Phase der Kulturrevolution befand, bezogen sie Symbole und Parolen. In aller Welt zogen Studenten mit roten Fahnen und kommunistischen Führerbildern durch die Straßen. Das erregte im Osten zunächst Erstaunen, dann falsche Hoffnungen und schließlich berechtigtes Mißtrauen.

Der dritte Entwicklungsstrang waren die seit 1962 von sowjetischen Wirtschaftsfachleuten ausgehenden Bemühungen um eine Wirtschaftsreform, die in der DDR und der Tschechoslowakei aufgegriffen und weiter vorangetrieben wurden. Es ging um eine Modernisierung der sozialistischen Gesellschaft, die aber schnell an die Grenzen der bestehenden Machtverhältnisse stieß. Denn natürlich ging es nicht allein um Änderungen in der Organisation der Planwirtschaft, sondern um ein offeneres System der Entscheidungsfindung. Das setzte ein gewisses Maß an Kritik, Innovation und Meinungspluralismus voraus. Daraus ergab sich eine gefährliche Nähe der Wirtschaftsreformer zu Intellektuellen, die von einer neuen Form des Sozialismus träumten. Die SED hatte diese Prozesse zunächst vollständig im Griff, geriet aber aus dem Konzept, als in der benachbarten Tschechoslowakei die Grenzen zwischen systemimmanenten Wirtschaftsreformen und systemsprengenden Freiheitsforderungen zu verschwimmen begannen. Dort wurde seit Januar 1968 die Reform von oben zu einer demokratischen und nationalen Freiheitsbewegung. Die Parteiführung unter Dubček schwamm an der Spitze dieser Bewegung, beherrschte sie aber keineswegs. Auch in der DDR – und das wäre der vierte Entwicklungsstrang – ging das Gespenst des demokratischen Sozialismus um.

Alle vier Handlungslinien hatten explizit mit den Universitäten zu tun. Die Studenten machten sich überall in der Welt zu Wortführern der antiautoritären Revolte. Ihre Ideen und Losungen fielen auch in der DDR am ehesten unter Studenten und jungen Intellektuellen auf fruchtbaren Boden. Die Bildungseinrichtungen standen aber auch im Zentrum der Aufmerksamkeit der Wirtschaftsreformer, die ganz und gar auf Wissenschaft, Technik, Forschung und Bildung setzten. Gleichzeitig hielt man seitens der Obrigkeit die Studenten, Wissenschaftler und Künstler für besonders anfällig für den Virus der schleichenden Konterrevolution. So brauchte man die Angehörigen der werktätigen Intelligenz, hofierte sie sogar im Rahmen der Möglichkeiten, mißtraute ihnen aber gleichzeitig. Dies führte dazu, daß der staatliche Repressionsapparat die damaligen Vorgänge an den Hochschulen und Universitäten der DDR aufmerksam verfolgte und akribisch dokumentierte.

Studium in der DDR

Die Studenten der DDR befanden sich in einem Spannungsfeld zwischen Privilegierung und Reglementierung. Das Hochschulstudium öffnete den Weg zu kreativen und anspruchsvollen Tätigkeiten und letztlich auch zu den höheren und besser bezahlten Positionen in der Gesellschaft. Obwohl nur etwa zehn Prozent der Jugendlichen die Hochschulreife erlangten, waren Studienplätze knapp, in den exklusiven Fachrichtungen wie Medizin oder den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern Geschichte, Philosophie oder Germanistik sogar extrem knapp. Auf einen Studienplatz kamen mehrere hundert Bewerber. Die Partei konnte also Ansprüche stellen.

In einer Festrede anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Wiedereröffnung der Technischen Universität Dresden am 4. November 1966 formulierte Walter Ulbricht seine Vorstellungen von einem sozialistischen Absolventen:

„Wir brauchen für unsere sozialistische Gesellschaft einen Absolventen, der

1. den Marxismus-Leninismus zutiefst begriffen hat, eine klassenmäßige Position in unserem nationalen Kampf einnimmt und die Zusammenhänge von Politik, Ökonomie, Ideologie und Wissenschaft versteht,
2. über ein breites Spektrum von Kenntnissen seines Fachgebietes verfügt, die es ihm ermöglichen, dem raschen Fortschreiten der Technik und Wissenschaft zu folgen,
3. über spezielle moderne Kenntnisse seines Fachgebietes verfügt, über ein anwendungsbereites Wissen, das es ihm ermöglicht, den Fortschritt der Wissenschaft und Technik mitzubestimmen,
4. sich die Schätze der deutschen und internationalen Kultur angeeignet hat.²

Unter den Hochschuleinrichtungen der DDR war die Humboldt-Universität in besonderer Weise begehrt. Hier studieren zu dürfen, galt als besondere Auszeichnung und Verpflichtung.

Die Aufnahme zum Studium war streng reglementiert. Die Auswahl erfolgte aufgrund der Schulzeugnisse, der politischen Einstellung des Elternhauses und der bisherigen gesellschaftlichen Aktivität. Bei den männlichen Bewerbern kam die Anforderung hinzu, freiwillig drei Jahre beim Militär zu dienen.

Eine makellose proletarische Herkunft war ein wichtiger Pluspunkt, wenn auch bei Kindern von Funktionären und von Angehörigen der bewaffneten Organe notgedrungen ein Auge zugedrückt wurde. Die Mitgliedschaft in der FDJ war außer bei der Theologischen Fakultät faktisch Pflicht. Die SED sollte in den Reihen der Studenten gut vertreten sein, wenn auch in diesem Punkt kein Druck ausgeübt, sondern nur die Allerbesten aufgefordert wurden, die Reihen der Avantgarde zu stärken.

Jeder Student hatte gegenüber der Arbeiterklasse und der Partei eine Dankesschuld abzutragen. Er befand sich grundsätzlich in der Position eines Empfängers obrigkeitlicher Gnade, die jederzeit entzogen werden konnte. Allein durch gute Leistungen, Studiendisziplin, gesellschaftliche Arbeit, strikte Einhaltung der Normen der sozialistischen Moral und einen unerschütterlichen Klassenstandpunkt konnte er sich der Auszeichnung als würdig erweisen, studieren zu dürfen.

Es herrschte der Zustand einer permanenten Mobilisierung. Agitationseinsätze, Sonderschichten, Ernteeinsätze, Militärübungen, Maßnahmen zur Stärkung des Kollektivs, Versammlungen, Politschulungen reihten sich in endloser Folge aneinander und ließen den eigentlichen Gegenstand des Studiums oft in den Hintergrund treten. Natürlich galten diese Anforderungen auch für andere Bildungseinrichtungen. In der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik waren die Maßstäbe besonders streng. Hier wachte das Auge der allerhöchsten Obrigkeit unmittelbar und relativ ungefiltert. Die Humboldt-Universität verfügte über eine eigene SED-Kreisleitung, die direkt der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED berichtspflichtig war.

Vor allem aber stand die hauptstädtische Alma mater in der vordersten Front des ideologischen Klassenkampfes. Der antifaschistische Schutzwall war direkt vor der Tür. Aus den Fenstern vieler Universitätsgebäude, beispielsweise der Charité, blickte man auf Todesstreifen, Betonmauern und Panzersperren. Doch so unüberwindlich die Grenze für Flüchtlinge war, so durchlässig war sie für Ideen und Meinungen. Die Humboldt-Universität war während der gesamten Zeit der DDR eine winzige, aber dennoch spürbare Nuance weltoffener und liberaler als die anderen Universitäten des Landes. Das hing mit der Atmosphäre Berlins zusammen. Hier gab es ein kleines biß-

2 In: Neues Deutschland v. 5.11.1966.

chen mehr an internationalem Austausch, westlichen Einflüssen und intellektuellen Debatten.

Die Hochschulen der DDR zwischen Erneuerung und Beharren

Das Jahr 1968 stand an den Universitäten der DDR dem Willen der SED zufolge ganz im Zeichen der sozialistischen Hochschulreform. Der ersten antifaschistisch-demokratischen Hochschulreform von 1946 und der zweiten Hochschulreform Anfang der fünfziger Jahre sollte nun eine dritte, die sozialistische Hochschulreform folgen. Diese war einer der Grundpfeiler der Modernisierung des Sozialismus aus dem Geist der Wissenschaft und Technik. Durch die gesamtgesellschaftliche Planung der Forschung und Bildung sollte die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber dem privatkapitalistischen System zur vollen Entfaltung kommen. So hoffte man, den Westen ökonomisch zu überflügeln, die Werktätigen in der kapitalistischen Welt von den Vorzügen des Sozialismus zu überzeugen und dadurch auf dem gesetzmäßigen Weg zum Sieg des Kommunismus weiter voranzuschreiten.

In der sogenannten Strategischen Kommission hatte Walter Ulbricht 1966 einen Kreis von Wissenschaftlern um sich gesammelt, die sich unkonventionelle Gedanken über die Modernisierung des Sozialismus machen sollten. In der Arbeitsgruppe 4 ging es um Wissenschafts- und Forschungspolitik. Bereits 1967 legte die Kommission ein internes Papier vor, das der Parteiführung zu denken gab. Es hieß dort: „International haben die Ausgaben für das Hoch- und Fachschulwesen gegenüber denen für die übrigen Teile des Bildungswesens das höchste Wachstumstempo. In der DDR herrschte in den letzten Jahren eine umgekehrte Tendenz, die über einen längeren Zeitraum nicht anhalten darf.“³ Der ernüchternde Befund wurde durch eine Graphik illustriert, die vom Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften erarbeitet wurde. Die Ausgaben im Staatshaushalt für die Hochschulen stagnierten von 1958 bis 1963 und erhöhten sich dann nur wenig, die Ausgaben für die Fachschulen sanken sogar beträchtlich unter den Stand von 1958, um ihn erst 1965 wieder zu erreichen. Die Investitionen im Hochschulbereich lagen trotz kontinuierlich steigender Investitionen in die Volkswirtschaft 1965 sogar unter dem Stand von 1951.

An den 44 Universitäten und Hochschulen der DDR studierten 1966 insgesamt 106 400 Studenten, davon waren aber nur 74 000 Direktstudenten, die restlichen 32 000 waren Fern- und Abendstudenten. Die Zahl der Bildungseinrichtungen war seit 1960 konstant geblieben, die Zahl der Studierenden dagegen gesunken. Im Jahr 1963 gab es noch 115 700 Studierende. Seitdem hatte es einen langsamen, aber stetigen Rückgang gegeben. Auch im internationalen Vergleich stand den Zahlen der ZK-Kommission zufolge die DDR nicht gerade glänzend da. Während 1966 in den USA 284 von 10 000 Einwohnern studierten, in Japan 140 und in Kanada 117, waren es in der DDR nur 62.. Selbst in den anderen sozialistischen Ländern lagen die Zahlen wesentlich höher. Ein geringer Trost dürfte es gewesen sein, daß Westdeutschland mit 47 eine noch geringere Quote aufzuweisen hatte. Hier allerdings war das Schlagwort vom Bildungsnotstand ins Zentrum öffentlicher Debatten geraten. Die Zahlen für die DDR zeigten der Analyse zufolge „mit welch enormen Strukturveränderungen wir auf dem Gebiet der Entwicklung von Hochschulkadern konfrontiert werden und wie weit derzeit bereits unser Rückstand auf diesem Gebiet ist“.⁴

3 SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/202, Arbeitsgruppe 4 (Wissenschafts- und technische Politik einschließlich Volksbildung), Anlage 7.

4 Ebd., Grundfragen der Wissenschaftsentwicklung.

Die 4. Hochschulkonferenz, die am 2. und 3. Februar 1967 in Ost-Berlin tagte, gab den Startschuß für einen umfassenden Umbau der höheren Bildungseinrichtungen. Die zentralen Forderungen waren – wenn man von dem Wust ideologischer Phrasen absah – durchaus vernünftig und lagen im internationalen Trend. Die Parteiführung forderte mehr Effizienz in Lehre und Forschung, Konzentration auf wichtige und zukunfts-trächtige Themen, Straffung der Ausbildungsgänge, einen schnellen Einsatz der Absolventen in der Volkswirtschaft, Praxisnähe von Lehrveranstaltungen und Forschung und die Fortsetzung der Weiterbildung nach dem Studienabschluß.

Für die Studenten bedeutete dies eine Regelstudienzeit von vier bzw. fünf Jahren, von der nur in besonderen Fällen Abweichungen gestattet wurden. Auch ein Wechsel der Einrichtung oder der Fachrichtung erforderte eine Genehmigung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen. Das Ziel war es, möglichst alle Studenten schnell zu einem Abschluß zu führen und in der Volkswirtschaft nutzbringend einzusetzen.

Die neuen Studiengänge waren streng untergliedert in Grundstudium, Fachstudium und Spezialstudium. Alle Studenten legten zum Abschluß des Studiums ein Diplom ab. An die Stelle der Aspirantur trat das Forschungsstudium. Dies endete gewöhnlich mit einer Dissertation A. Die frühere Habilitation wurde durch die Promotion B ersetzt.

An allen Universitäten wurde die Gründung von Sektionen vorangetrieben, die an die Stelle der Fakultäten traten. So wurde die alte Ordinarienherrlichkeit stark beschränkt zugunsten von gesichtslosen Verwaltungsstrukturen. Speziell an der Berliner Humboldt-Universität hatte es bis zur dritten Hochschulreform eine Reihe von akademischen Erbhöfen gegeben, in denen Mitglieder der Akademie der Wissenschaften ein patriarchalisches Regime führten. Keine dieser universitären Nischen waren Horte des Widerstandes gegen die SED gewesen, doch gab es in den verstaubten Hinterzimmern der altherwürdigen Alma mater Relikte bürgerlicher Gelehrsamkeit, die nun gnadenlos auf ihre volkswirtschaftliche Effizienz überprüft wurden.

An der Humboldt-Universität traten an die Stelle der 170 Institute, die in neun Fakultäten gegliedert waren, zunächst 24 Sektionen. An der Spitze jeder Sektion stand ein Sektionsdirektor als staatlicher Leiter. Damit war eine straffe zentrale Leitung geschaffen, die den unmittelbaren Zugriff auf jede Entscheidung erlaubte.

Faktisch war eine weitere Verschulung und Bürokratisierung der Universität die Folge der Reformbemühungen. Die Teilnahme an Lehrveranstaltungen wurde für jeden Studenten im Grundstudium Pflicht und streng kontrolliert. Erst im Spezialstudium hatte der Student in größerem Umfang Wahlmöglichkeiten. Die Abläufe und Strukturen waren an allen Hochschuleinrichtungen der DDR im Prinzip gleich. Die Studiengänge wurden entsprechend den volkswirtschaftlichen Erfordernissen koordiniert. Die Idealvorstellung war eine gesamtstaatliche Regelung des Bedarfs an Hoch- und Fachschulkadern. Es sollten nur so viele Mediziner, Chemiker und Philosophen ausgebildet werden, wie auch tatsächlich gebraucht wurden. Das entscheidende Grundprinzip der Sozialistischen Hochschulreform war der wirtschaftliche Nutzen. Die Veränderungen standen ganz und gar im Zeichen ökonomischer Effizienz.

Die Intentionen dieser Strukturreform waren ebenso ambivalent wie ihre praktischen Auswirkungen. Manche Reformansätze entbehrten zwar nicht der rationalen Berechtigung, doch im Zeichen der SED-Herrschaft verkehrte sich mancher vernünftige Ansatz in sein Gegenteil. Im Zuge der Vereinheitlichung des Studiums verstärkten sich die Zugriffsmöglichkeiten der SED und FDJ auf die wissenschaftlichen Inhalte von Forschung und Lehre, da sich mit der Zentralisierung der Lehrpläne und Prüfungsord-

nungen die Kontrollmöglichkeiten erhöhten. Eine entsprechende Kommission führte nun eine sogenannte Absolventenlenkung durch. Dies garantierte zwar jedem erfolgreich Studierenden einen fachgerechten Arbeitsplatz, verstärkte aber auch die Möglichkeiten der Kaderlenkung durch Partei, FDJ und Staatssicherheit. Unangepaßtes Verhalten, kritisches Denken oder gar ideologische Abweichungen konnten nun bei der Arbeitsplatzvergabe auf wirksame Art geahndet werden.

Eine Absolventenkommission der Universität, in welcher auch Vertreter der FDJ und der SED saßen, sammelte die Angebote aus der ganzen Republik und verteilte sie nach Gutdünken an die Hochschulabsolventen. Diese Verfahrensweise war von ambivalenter Wirkung. Auf der einen Seite durfte jeder mit einem Diplom ausgestattete Absolvent der Bildungseinrichtung sicher sein, einen Arbeitsplatz in seiner Ausbildungsrichtung zu erhalten, andererseits war einer politischen und sozialen Disziplinierung uneingeschränkter Spielraum gegeben.

Es gab Möglichkeiten, sich dem Votum der Absolventenkommission zu entziehen und auf eigene Faust eine Arbeitsstelle zu suchen. Doch auf die begehrten Positionen in Forschungsinstituten oder Universitäten hielten die Funktionäre die Hand. Sie konnten im Extremfall sogar gegen Entscheidungen anderer Einrichtungen intervenieren. Es kam vor, daß die Parteileitungen denunziatorische Schreiben über die falsche gesellschaftliche Einstellung oder den unmoralischen Lebenswandel eines Bewerbers an dessen künftige Arbeitsstelle schickten, um die Einstellung zu hintertreiben.

Das zentrale Problem jedoch war der Einsatz auf den Großbaustellen des Landes fern der städtischen Zivilisation oder in ländlichen Gebieten. Gerade in den Bereichen der medizinischen Versorgung und der Volksbildung waren Zwangsverschickungen an die Brennpunkte des wirtschaftlichen Aufbaus oder aufs Land ein häufiger Vorgang. Das Leben in Baubaracken oder in benachteiligten dörflichen Ansiedlungen war nur in DEFA-Filmen und Romanen des sozialistischen Realismus abenteuerlich.

Vorsorglich wurden an der TU Dresden, der größten Universität der DDR, alle zum Wintersemester 1967/68 neu immatrikulierten Studenten aufgefordert, eine Verpflichtungserklärung zu unterschreiben, nach dem Studium dorthin zu gehen, wo der Staat sie hinschicken würde.

„Ich verpflichte mich, mein Studium an der Technischen Universität zum Nutzen der Deutschen Demokratischen Republik durchzuführen, mir ein Höchstmaß an Wissen und Können anzueignen und nach den Grundsätzen der sozialistischen Moral und Ethik zu leben. Ich verpflichte mich, die Gesetze und Anordnungen unseres Arbeiter- und Bauern-Staates und die Universitätsbestimmungen gewissenhaft einzuhalten, alle mir erwachsenden Pflichten zu erfüllen, am sozialistischen Aufbau unserer Republik tatkräftig mitzuwirken und für deren Schutz aktiv einzutreten.

Ich verpflichte mich, nach Abschluß des Studiums unserem sozialistischen Staat treu zu dienen und am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufbau mitzuwirken. Ich betrachte es als meine Pflicht, nach Beendigung des Studiums dort tätig zu sein, wo für unsere Deutsche Demokratische Republik der größte Nutzen zu erreichen ist.“⁵

Diese Mischung aus Selbstverständlichkeiten, wie der Forderung nach Einhaltung der Gesetze und ideologischen Appellen an eine ominöse Pflicht, – dies war typisch für den Stil der damaligen Zeit. Immerhin zeigen die gewundenen Formulierungen, daß die Absolventenlenkung selbst in der DDR geltendes Arbeitsrecht ignorierte. Anderer-

5 Studenten-Verpflichtung und studentischer Fahneid, Situationsbericht des UfJ vom 15. November 1967; zitiert nach: SBZ Archiv, 19. Jg. (1968), H. 1, S. 5.

seits eröffneten gerade die verschwommenen Selbstverpflichtungen, wie jene, nach den „Grundsätzen der sozialistischen Moral und Ethik zu leben“, willkürlichen Disziplinierungsmaßnahmen Tür und Tor. Über Moral und Ethik entschied die Partei, und jeder Widerspruch gegen die Beurteilung der Partei belegte nur, wie sehr sich der Delinquent bereits auf moralischen Abwegen befand.

Erfreulich für die Studenten war die neue Stipendienordnung vom 4. Juli 1968.⁶ Sie brachte wesentliche Verbesserungen gegenüber der alten Regelung von 1962. Insbesondere die Bemessungsgrenzen des elterlichen Bruttoeinkommens wurden deutlich erhöht, so daß mehr Studenten in den Genuß eines Stipendiums kamen. Ein Student, dessen Eltern nicht über 1 300 Mark brutto verdienen, erhielt ein Grundstipendium von 190 Mark, für die in Berlin immatrikulierten Studenten kam ein Zuschlag von 15 Mark hinzu. Wer mehr als drei Geschwister hatte, die sich noch in der Ausbildung befanden, erhielt weitere 40 Mark. Vom zweiten Studienjahr an hatte er bei guten Prüfungsnoten und aktiver gesellschaftlicher Tätigkeit die Chance, ein Leistungsstipendium in einer Höhe von bis zu 80 Mark zu erhalten. Das machte immerhin 315 Mark. Nicht alle hatten so viel Glück. Dennoch lag das Durchschnittsstipendium bei etwa 200 Mark. Hinzu kam die preiswerte Unterbringung in Studentenwohnheimen, so daß man von einem Stipendium durchaus gut leben konnte.

Keine Opposition, nirgends?

Nur scheinbar im Widerspruch dazu stand eine ständige Kontrolle jeglicher politischer Meinungsäußerung und des Sozialverhaltens. An den Bildungseinrichtungen der DDR herrschten eine nahezu unglaubliche ideologische Indoktrination, eine stets präsente Gesinnungsschnüffelei und ein massives Mißtrauen der Kommilitonen untereinander, da Fälle politischer Denunziation nicht selten waren. Diese Zustände erreichten Ende der sechziger Jahre ihren traurigen Höhepunkt.

Das Damoklesschwert einer Exmatrikulation schwebte über jedem Studierenden. Eine solche Maßnahme, die faktisch auch von der FDJ verfügt werden konnte, bedeutete nicht einfach nur einen Verweis von der Universität, sondern ein Studienverbot für alle Hochschulen der DDR auf ungewisse Zeit. Über die Resultate einer Bewährung in der Produktion und die Fortsetzung des Studiums entschied vollkommen willkürlich die Partei. Dieses Mittel der Disziplinierung war sehr wirksam. Gleichwohl verfügten die Studierenden über Freiräume der Lebensgestaltung, waren zum großen Teil politisch aufgeschlossen und intellektuell interessiert. Aus diesem Widerspruch ergab sich ein großes inneres Spannungsverhältnis, das naturgemäß in den politisch indoktrinierten Fächern wie Philosophie oder Geschichte besonders ausgeprägt war.

Die gegenüber Intellektuellen latent feindseligen, zumindest aber stark mißtrauischen Apparate der SED und des MfS verfolgten bereits vor 1968 die Situation an den höheren Bildungseinrichtungen der DDR sehr aufmerksam. Sie sahen in der studierenden Jugend ein gefährliches Unruhepotential.

In einer Dienstanweisung des MfS aus dem Jahr 1966 heißt es: „An den Universitäten, Hoch- und Fach- und Erweiterten Oberschulen wirken eine Reihe den Gegner begünstigende Faktoren, die bereits bei der Zulassung zum Studium beginnen. Es wird zum Teil durch eine nicht verantwortungsvolle und nicht klassenmäßige Auswahl der neu zu Immatrikulierenden feindlichen, negativen und wegen schwerer Kriminalität bei

6 Gesetzblatt der DDR II vom 15. Juli 1968.

den Schutz- und Sicherheitsorganen angefallenen Elementen Eingang zu den Universitäten, Hoch- und Fachschulen gewährt.

Die klassenmäßige Erziehung ist noch nicht in ausreichendem Maße gesichert. Einige Lehrkräfte verhalten sich gegenüber den Studenten und Schülern liberal, kommen nicht ihren Pflichten zur politischen Erziehung nach und überlassen diese zum überwiegenden Teil dem gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht, dem Elternhaus, den Betrieben und gesellschaftlichen Organisationen. Das Zusammenwirken zwischen gesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Einrichtungen ist teilweise noch ungenügend entwickelt, weist Lücken auf, womit sich gegnerische Kräfte Möglichkeiten für provokatorische und andere feindliche Handlungen bei Großeinsätzen wie Einbringung der Ernte oder militärische Ausbildung ergeben.⁷

Unter dem Eindruck der Ereignisse in Polen und der Tschechoslowakei häuften sich ab März 1968 die Anzeichen von Protest an den Universitäten der DDR. Die Staatssicherheit registrierte mit großer Sorgfalt jedes dieser Vorkommnisse. Am 21. März 1968 waren im Institut für Deutsche Geschichte und im Vorraum der Mensa der Humboldt-Universität Plakate mit dem Porträt von Karl Marx mit einem Klebestreifen versehen worden. Darauf stand: „Prag – Vorbild“. Die Losung war genau über den Mund des Klassikers geklebt.⁸ Doch die Unruhe beschränkte sich nicht auf Berlin. Aus der ganzen Republik wurden besondere Vorkommnisse gemeldet. An der TH Ilmenau gab die Kabarettgruppe Anlaß zu Klagen. Ihr Programm enthielte, so der Stasi-Bericht, „politisch-ideologisch feindliche Aussagen“. Ein Student der Karl-Marx-Universität Leipzig bezeichnete die „Entwicklung in der ČSSR als wirkliche Demokratie, und es sei Zeit, daß auch in der DDR bestimmte Veränderungen vorgenommen werden.“ „Der Wissenschaftler Dr. R. von der TU Dresden propagierte vor seiner Seminargruppe Sendungen von Radio Prag, wonach '[...] die Zeiten des doktrinären Sozialismus vorbei' seien, '[...] jetzt müsse sich allerhand ändern.' Ähnliche Auffassungen sind in den Äußerungen mehrerer Professoren der Universität Halle enthalten, die die neue Verfassung der DDR als Ausdruck der ‚Unfreiheit und Verneinung der Demokratie‘ bewerten. [...] Einige Studenten an der Ingenieurschule Köthen vertraten die Ansicht, daß die Ereignisse in der ČSSR ‚eine politische Wende in Richtung Rumäniens‘ darstellen und ein Beweis dafür seien, daß es ‚mehrere Wege zum Sozialismus‘ gäbe. Sie begrüßen daher auch die Forderung polnischer Studenten nach Freiheit in der Literatur.“⁹

Über viele Seiten werden weitere Einzelbeispiele aufgelistet. Bedenklich für die Staatsmacht waren wohl weniger die im Schutze vollkommener Anonymität durchgeführten Aktionen, sondern die relative Offenheit, mit der sich Studenten mit dem Reformkurs der Dubček-Führung solidarisierten. Das SED-System beruhte auf der Angst, schwand diese, so war es Zeit, Exempel zu statuieren. Doch Bekenntnisse zum offiziellen politischen Kurs einer Bruderpartei konnten nicht ohne weiteres als staatsfeindliche Hetze rubriziert werden. Die Staatsmacht zeigte im Frühjahr 1968 deutliche Zeichen von Unsicherheit. Offenbar war die Bereitschaft groß, die Signale aus Prag aufzunehmen.

7 BStU, ZA, MfS, Dokumentenstelle, Durchführungsbestimmung Nr. 1 zur Dienstanweisung Nr. 4/66 des Ministers für Staatssicherheit vom 10. Januar 1968.

8 BStU, MfS, ZAIG, Z 1467, Einzel-Information 355/68 vom 30. März 1968 über die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Diversion an Universitäten, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen und Mängel, die diesen Einfluß begünstigen.

9 Ebd.

In dieser Situation konnte es leicht geschehen, daß sich an scheinbar unpolitischen Problemen studentischer Protest entzündete. Es war gut in Erinnerung, daß der Studentenprotest in Prag im Oktober 1967 mit einer Lichterprozession begonnen hatte. Wegen der ständigen Stromausfälle im Studentenwohnheim zogen Studenten zum Hradschin und riefen „Wir wollen Licht!“. Dies faßte die Polizeiführung als politische Forderung auf und befahl den Knüppelinsatz. Nun erst war der Umzug zum politischen Tatbestand geworden und setzte eine Kettenreaktion in Gang, die zum Wechsel an der Führungsspitze der Partei beitrug.

An der Humboldt-Universität in Berlin war das Mensa-Essen ein Gegenstand ständiger Klagen und teilweise bössartiger Witzeleien. Am 16. Mai 1968 tauchte in der Mensa der Charité ein Plakat auf, das als Fotokopie in den Stasi-Akten die Zeiten überdauert hat. „Was ist Mensaessen?“ wurde dort gefragt und folgende humoristisch gefärbte Antwort gegeben: „Eine [...] nervenzerfetzende, gedächtnisschwächende, moraluntergrabende, reizerregende, impotent machende Massenverpflegung [...] nervenzerfetzend, weil Schlangen bis zu 3 Kilometer Länge zu bändigen sind, gedächtnisschwächend, weil man vor Makkaroni nicht mehr weiß, wann es Kartoffeln gab, moraluntergrabend, weil hier das Ich vor dem Wir steht, reizerregend, weil sich gebügeltes Fleisch nicht mit Bäckerabfällen zu einem Schnitzel assoziiert, impotent machend, weil ein Kesselwagen Sauce für ein Jahr reicht und diese selbst die größten Lebensgeister niederschlägt.“¹⁰ Eine staatstreue „Genossin Studentin“ entfernte das Plakat sofort und reichte es an die Stasi weiter. Doch selbst der MfS-Bericht kommt nicht umhin, die sachliche Berechtigung des Unwillens einzuräumen. Es „tritt der Zustand auf, daß die Studenten in langen Schlangen auf ihr Essen warten müssen, oft wegen der mangelnden Sitzgelegenheiten im Stehen essen müssen, die Größe der Portionen keinesfalls zum Sattwerden reicht und die Qualität stets beanstandet werden muß. Für viele Studenten, die sich selbst versorgen müssen und für die das Mensaessen die Hauptmahlzeit ist, ist dies ein unhaltbarer Zustand [...] Das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen und das Ministerium für Finanzen sollten diesem Problem künftig mehr Aufmerksamkeit als bisher widmen.“¹¹

Nur wenige Tage später, am 25. Mai 1968, meldet ein Bericht des MfS: „In den letzten Tagen und Wochen machen sich an der Humboldt-Universität unter den Studenten bestimmte negative Tendenzen im Zusammenhang mit der Entwicklung der ČSSR bemerkbar.“¹² Tatsächlich bildeten eine grundsätzliche politische Unzufriedenheit und die Aufregung um konkrete Mißstände jene kritische Masse, die schnell zu Kettenreaktionen führt. „Ausgangspunkt“, heißt es in der MfS-Analyse, „sind oftmals Mängel und Schwächen der staatlichen Leitungstätigkeit und die bisher schleppende Durchführung der sozialistischen Hochschulreform. Es soll sich besonders in den letzten Tagen bei den Juristen [...] eine Stimmung entwickelt haben, welche von negativen Elementen ausgenutzt werden kann, um Provokationen gegen die Partei und unseren Staat zu organisieren. Ausgangspunkt der Diskussionen ist die formale Anweisung der staatlichen Leitung, daß das Heim Biesdorf ab 10. Juli 1968 durch alle Studenten geräumt werden muß, da ausländische Studentengruppen dort untergebracht werden sollen. [...] Bei den Juristen [...] gibt es im Zusammenhang mit den dargelegten Problemen solche Diskussionen, daß man sagt: ‚Wir können ja auch unsere Meinung durch

10 BStU, MfS, Verwaltung Groß-Berlin, A 1140/1, Einzel-Information 27/68 vom 23. Mai 1968, Anlage.

11 Ebd.

12 BStU, MfS, Verwaltung Groß-Berlin, A 1140/1, Einzel-Information 29/68 vom 25. Mai 1968.

Protestdemonstrationen mit Schildern und Plakaten usw. zum Ausdruck bringen.' Man verweist in den Diskussionen auf die Studenten-Demonstrationen in der ČSSR, Westdeutschland, Polen und Frankreich.¹³

Die antiautoritäre Studentenbewegung im Westen und die DDR

Geradezu hysterisch reagierte die DDR-Obrigkeit auf unkontrollierte Begegnungen junger Leute, speziell von Studenten aus Ost und West. Universitätsinstitute, Studentenwohnheime und selbst Studentenklubs wurden abgeschirmt wie geheime militärische Objekte. Am Eingang führten Angehörige von FDJ-Ordnungsgruppen strenge Kontrollen durch. Studierende und Universitätsmitarbeiter mußten den Ausweis vorzeigen. Besuchern wurde nach Vorlage des Personalausweises ein Passierschein ausgestellt. Gäste aus dem Ausland oder aus Westdeutschland durften die Gebäude nur in Begleitung eines verantwortlichen Mitarbeiters der Universität betreten. Anschließend mußte ein Bericht über den Besuch verfaßt und an die Abteilung Internationale Beziehungen gegeben werden. Neugierige Besucher, die nur mal gucken oder diskutieren wollten, wurden am Eingang zurückgewiesen. Auch private Kontakte waren, wenn auch nicht gesetzlich verboten, so doch ungern gesehen und wurden durch das MfS nach Möglichkeit kontrolliert.

Voll Sorge stellten die Stasi-Stellen Mitte der sechziger Jahre fest, daß sich solche Kontakte häuften. So beobachtete das MfS im April 1966, daß sich aus einer Zufallsbekanntschaft ein regelmäßiger Diskussionszirkel von Assistenten der Freien Universität und der Humboldt-Universität entwickelt hatte.¹⁴ Assistenten der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität trafen sich zunächst im Restaurant Wein-ABC unweit des Bahnhofs Friedrichstraße, später in Privatwohnungen. Die Stasi registrierte unter anderem folgende Themenbereiche: „Kollektiv-Individuum-Vermassung in der DDR; Freiheit in der Kunst, Grenzen in der DDR; falsche Argumentationen in der DDR-Presse, Art und Weise des Vorgehens gegen Biermann, systemgebundene Kritik in der DDR.“¹⁵ Besondere Sorge bereitete dem MfS, daß ein großer Teil der DDR-Teilnehmer Mitglieder der SED waren. Der Verfasser des Berichts betont deswegen noch einmal ausdrücklich: „Es muß eingeschätzt werden, daß es sich hier keinesfalls um das Vorhaben handelt, durch eine gute Diskussion Westberliner Personen positiv zu beeinflussen, sondern um private Gespräche, bei denen man die Möglichkeit ausnutzen will, sich über den Westen zu informieren. [...] Da die beteiligten Westberliner offensichtlich die Linie verfolgen, durch provokatorische Fragen unsere Personen ideologisch negativ zu beeinflussen und die von uns Beteiligten konzeptionslos an diesen Treffen teilnehmen, besteht die Gefahr der Schaffung einer ideologisch negativen Basis für weitere Diskussionen in der Humboldt-Universität.“¹⁶

Eine ungewöhnlich ausführliche und detaillierte Analyse der Bezirksverwaltung des MfS beschäftigte sich im Januar 1967 mit der „politisch-ideologischen Zersetzung und der ungenügenden gesellschaftspolitischen Erziehung an der Humboldt-Universität“.¹⁷

13 Ebd.

14 BStU, MfS, Verwaltung Groß-Berlin, A 1141/1, Bericht 15/66 vom 23.4.1966 über Treffen von Personen der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin mit Studenten der Freien Universität von Westberlin.

15 Ebd.

16 Ebd.

17 BStU, MfS, Verwaltung Groß-Berlin, A 1141/3, Information 57/67 vom 19.1.1967 über Erscheinungen der politisch-ideologischen Zersetzung und der ungenügenden gesellschaftspolitischen Erziehung an der Humboldt-Universität Berlin.

Obwohl es in dem Bericht nicht an allgemein positiven Beurteilungen der Entwicklung fehlt, tragen Einschätzungen über weite Strecken einen geradezu alarmierenden Charakter. Auf persönliche Weisung von Mielke wurde die Weiterleitung des Berichtes an die Parteiführung gestoppt. Wie es in einem beigefügten Zettel heißt, sollte darüber nach der Kreisdelegiertenkonferenz der SED entschieden werden. Offenbar griff der Bericht zu tief in die Obliegenheiten der Staatspartei ein. Er diagnostizierte bei einem Teil der Studenten eine „dekadente moralisch-ethische Einstellung“. Dies signalisierte in der Sprache der Stasi den Einfluß der neuen antiautoritären Lebenskultur des Westens.

Äußerlich bezog sich diese Rubrizierung auf lange Haare, jugendliche Rauschebärte, die grünen Parkas und die verwaschenen Jeans der amerikanischen Hippies und andere modische Accessoires. In einer konformistischen Gesellschaft wie der DDR hatten solche Äußerlichkeiten eine kaum zu überschätzende politische Brisanz. Ein FDJ-Student oder Jungwissenschaftler, der auf Kosten der Arbeiterklasse studierte, hatte sich entsprechend anständig zu benehmen. Er sollte immer ordentlich frisiert und gekleidet sein – tagsüber mit dem Blauhemd und zu besonderen Anlässen mit Schlips und Jackett. Er hatte sportlich und gesund zu sein, schon um seine Aufgaben bei der sozialistischen Landesverteidigung erfüllen zu können. Vor allem aber kennzeichnete ihn eine lebensbejahende und zukunftsfrohe Einstellung. Er hatte ein „sauberes und anständiges Verhältnis zum anderen Geschlecht“, wie es im Statut der FDJ hieß. Kurzum, er war das präzise Gegenbild zu dem antiautoritären Jungrebell aus dem Westen.

Die wenigen Orte, an denen Kontakte zwischen Ost- und Weststudenten möglich waren, wurden streng kontrolliert. So kamen der Obrigkeit bedenkliche Meldungen aus dem Jugendklub für Literatur und Musik „Freundschaft“ in Berlin-Friedrichshain zu Ohren. Dort trafen sich nicht nur „Biermann-Anhänger“, sondern der Klub sei auch Anlaufpunkt für westdeutsche, Westberliner und ausländische Jugendliche. In der Tat scheint es so, daß die Adresse des Klubs unter interessierten jungen Leuten in Westberlin herumgereicht wurde. „Unter anderem“, heißt es in dem Bericht, „erschieden zwei Holländer mit einer Lageskizze des Klubs. Ein Westdeutscher, der in Unterhaltungen seine ablehnende Haltung zur DDR offen zum Ausdruck bringt, gehört seit über einem Jahr zu den Stammbesuchern des Klubs. Er knüpfte umfangreiche Kontakte zu Jugendlichen der Hauptstadt und führte andere Westdeutsche in den Klub ein.“¹⁸ Nach dem 21. August 1968 registrierte die Staatssicherheit ein erhöhtes Aufkommen von Ausländern und griff nun ein. „Auf Grund einer entsprechenden Weisung des Rates des Stadtbezirks wurde diesen Ausländern der Zutritt zum Klub verwehrt. Es stellte sich heraus, daß eine der ČSSR-Bürgerinnen in Hamburg und die andere in Westberlin wohnhaft ist und sie auf Tagesvisum in die Hauptstadt einreisten. Der Klubleiter hält sich offensichtlich nur zum Teil an die Weisung, denn bis zum Termin des Berichtes verkehrten die bereits genannten Stammbesucher aus Westdeutschland weiter im Klub ‚Freundschaft‘.“¹⁹

Der Einfluß der antiautoritären Studentenbewegung im Westen machte der SED-Führung große Sorgen. Nach den Auseinandersetzungen um den Prager Frühling sahen die Parteifunktionäre diese Einflüsse deutlicher als vorher im ideologischen Kontext einer Revision des Marxismus-Leninismus. In einem Bericht des Sekretariats des ZK vom 28. Januar 1969 heißt es: „In den letzten Monaten gibt es ein zunehmendes

18 BStU, MfS, Verwaltung Groß-Berlin, A 1140/3, Bericht vom 10. Januar 1969 über Jugendklub für Literatur und Musik „Freundschaft“ 1017 Berlin, Fredersdorfer Straße 38.

19 Ebd.

Hören und Sehen von westlichen Informationsquellen. Dagegen wird an den Universitäten zu wenig gekämpft. Es wirken nicht nur Westsendungen, sondern stärker, als bisher angenommen wurde, auch bürgerlich-philosophische Theorien, z. B. von Kafka, Marcuse, Sartre, Böll, Enzensberger. Auffallend ist zunehmendes Interesse an linksoppositionellen Strömungen, besonders der Studenten in Westdeutschland und anderen kapitalistischen Ländern und ihren ‚Programmen‘.

An solche Interessen knüpfen die evangelischen und katholischen Studentengemeinden an. Sie führen regelmäßig Vorträge und Gespräche außerhalb der Bildungseinrichtungen durch, die einen relativ großen Zuspruch haben. Das sind systematische Versuche, marxistisch-leninistische Positionen bei den Studenten aufzuweichen.²⁰

Der Bericht nennt folgende „ideologische Hauptprobleme“:

- Falsche Positionen in der Machtfrage bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft.
- Unklarheiten über die wachsende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei beim Aufbau des Sozialismus.
- Zweifel und Unverständnis für die Rolle der Sowjetunion im sozialistischen Weltsystem als Grundmodell für den Aufbau des Sozialismus.
- Zweifel an der Kraft und Geschlossenheit des sozialistischen Weltsystems und der internationalen kommunistischen Bewegung.
- Die Konvergenztheorie mit ihren verschiedenen Spielarten zeigt unter den Studenten erhebliche Wirkung.²¹

Damit war die Büchse der Pandora gefährlicher ideologischer Debatten weit geöffnet. Es ging im Kern um die Alleinherrschaft der Partei und um die politische Dominanz der Sowjetunion, also um die beiden Grundpfeiler des Systems. Daran wollte die SED gerade nach den Erfahrungen des Prager Frühlings nicht rütteln lassen. Deutlicher als vorher sah sie nun auch, wie sehr die antiautoritäre Linksbewegung im Westen ihre Grundpositionen in Frage stellte.

Interessanterweise erkannte die SED sehr klar die politischen Gefahren, die sich aus den fast unscheinbaren Freiräumen der Kirchen ergaben. Die SED hat die Kirche nie geliebt. Sie war in ihren Augen die Trägerin eines falschen ideologischen Bewußtseins, das den Menschen den Zugang zur Erkenntnis der Lehren des Marxismus-Leninismus versperrte. Dennoch setzte die SED nicht auf eine gewaltsame Verfolgung der Kirche, sondern auf ein allmähliches Aussterben des Christentums. Nicht ganz ohne Grund baute die SED auf die in allen modernen Gesellschaften zu registrierende Säkularisierungstendenz. Insofern störte es sie wenig, wenn am Sonntag einige alte Mütterchen zum Gottesdienst gingen. Sie reagierte aber sehr nervös, wenn die Kirche unter jungen Menschen Anklang fand. Ganz unbegreiflich war es den Vertretern des wissenschaftlichen Atheismus, wenn gebildete junge Leute einem so offensichtlichen Unsinn wie dem Glauben an Gott anhingen. Trotzdem sollte die Religionsfreiheit gewahrt bleiben, und so duldeten die Obrigkeit die Existenz von evangelischen und katholischen Studentengemeinden in allen Universitätsstädten der DDR. Diese aber beschränkten sich nicht auf gottesdienstliche Veranstaltungen, sondern boten kritischen Studenten einen gewissen Freiraum. In den Räumen der Studentengemeinden fanden

20 BPA Berlin IV B - 2/9.02/643, Information des Sekretariats des ZK vom 28. Januar 1969 zur politisch-ideologischen Situation unter den Studenten.

21 Ebd.

Diskussionsabende zu Themen statt, die im staatlich kontrollierten Raum unerwünscht waren. Auf dem Themenplan der Evangelischen Studentengemeinde Berlin, der im Archiv der SED die Zeiten überdauert hat, fanden sich im zweiten Halbjahr 1967 solche Themen wie „Politik – Schicksal oder Verantwortung?“ oder „Marxismus – Alternative oder Ko-existenz?“²² Das hört sich harmlos an, im Zeichen des Wahrheitsmonopols der Partei war jedoch allein schon die Möglichkeit, der Marxismus könne eine Alternative zum Christentum sein, eine versteckte Herausforderung. Die Veranstaltungen der Studentengemeinde waren natürlich für jedermann offen und erfreuten sich in den Universitätsstädten eines gewissen Zulaufs.

Das gefährliche Potential einer Zusammenarbeit von kritischen Marxisten und Christen hat die SED in ihren internen Berichten früher wahrgenommen als die allgemeine Öffentlichkeit. Im Laufe des Jahres 1968 gab es besorgniserregende Warnsignale in bezug auf Kreise christlicher Studenten. In einem Bericht über das Evangelische Jungmännerwerk vom 24. Juli 1968 wird festgehalten, dem Studentenkreis gehörten ungefähr 50 Personen an, sie seien zum größten Teil Studenten, es kämen aber auch Arbeiter und Mitarbeiter anderer Institutionen dorthin. Der Arbeitskreis tage einmal wöchentlich in der Sophienstraße. Dort befanden sich damals der Sitz des Evangelischen Jungmännerwerks, eine christliche Buchhandlung und Veranstaltungsräume. „Seit März dieses Jahres kam es in diesem Kreis mehrfach zu Diskussionen über die Ereignisse in der ČSSR. Dabei konnte festgestellt werden, daß die Gespräche zu dieser Problematik anfangs im Anschluß an die offiziellen Zusammenkünfte des Studentenkreises in Gaststätten geführt wurden und im wesentlichen folgende Argumentationen zum Inhalt hatten:

- Krawalle, wie sie von Studenten in der VR Polen organisiert wurden, seien an der Humboldt-Universität nicht möglich, da einerseits hierfür nicht die geeignete Situation vorhanden sei und andererseits ein derartiges Vorgehen sofort eine Konfrontation der Studenten mit der Staatsmacht zur Folge hätte.
- Man müsse deshalb den Weg gehen, wie er in der ČSSR beschritten wurde. Dabei dürfe man nicht sofort voll gegen die SED auftreten, sondern muß mit der Partei gehen und ihr eine Fehlerdiskussion aufzwingen, die zu Auseinandersetzungen in der Parteiführung führen würde.
- Die Entwicklung in der ČSSR ist begrüßenswert, weil im Gegensatz zu Polen die negative Entwicklung dort eine Basis in der Partei (KPC) habe.
- Eine Übertragung der Entwicklung, wie sie sich in der ČSSR vollzieht, auf die DDR ist nicht ohne weiteres möglich, weil die DDR eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung genommen hat und die Bevölkerung stolz auf die erreichten Ergebnisse ist.
- Die Aufgabe der Kirche in der gegenwärtigen Situation besteht vor allem darin, die Zivilcourage der Bevölkerung der DDR zu fördern und abzuwarten, bis man in der DDR seitens der Staatsführung beginnt, einige Fragen

22 BPA, IV B – 2/3/039, SED-Bezirksleitung Berlin, Berichte über die Einflußnahme der evangelischen Kirchen, Januar 1968.

allmählich zu ändern. Dann müsse sich die Kirche unbedingt anschließen, darin läge die historische Mission der Kirche in der DDR.²³

Am 20. Juni 1968 fand in den Räumlichkeiten des Jungmännerwerks ein Diskussionsabend mit dem Prager Theologen Dr. Jan Heller statt, der zu dieser Zeit als Gastdozent in Westberlin weilte. Heller referierte über die aktuelle Lage in der Tschechoslowakei und meinte zum Schluß seiner Ausführungen, „[...] er wünsche, daß in der DDR eine ähnliche Entwicklung wie in der ČSSR vonstatten gehe und daß es dabei kein zweites Ungarn gibt. Er sei davon überzeugt, daß es in der DDR auch so wie in der ČSSR verlaufen werde. Eine solche Entwicklung charakterisierte er als christlich und meinte, daß viel Mut dazu gehöre, wie in der ČSSR zu experimentieren. [...] Heller vertrat weiter die Auffassung, daß in der ČSSR die Uhr ein Stück weiter gegangen sei und diese Entwicklung in der Geschichte als etwas Gutes für die Menschheit eingehen werde.“²⁴

In dem zitierten Bericht vom Januar 1969 heißt es weiter: „Neben der stärkeren ideologischen Wirksamkeit des Westfunks und -fernsehens ist eine stärkere ideologische Aktivität kirchlicher Kreise unter Studenten zu verzeichnen. Dabei wird ein stärkeres Hinwenden dieser Kreise auf politische Probleme, die oft als Kulturprobleme, moralisch-ethische Fragen usw. getarnt werden, und ein gemeinsames Vorgehen der evangelischen und katholischen Gruppen sichtbar. Es existiert offensichtlich ein verzweigtes Netz von Vertrauensstudenten, wobei eine Konzentration auf politisch labile Bereiche (Medizin, Mathematik und Naturwissenschaften) und auf strukturbestimmende Fachrichtungen (Elektronik TU Dresden) sichtbar wird. Die Initiativen gehen dabei vor allem von den Jugend- bzw. Studentenpfarrern und von Theologiestudenten aus. An einigen Bildungseinrichtungen (TU Dresden, Universitäten Halle, Jena, Greifswald) ist zu beachten, daß sich Mitglieder der Evangelischen Studentengemeinde während der Verbandswahlen bemühen, neue Positionen in den FDJ-Leitungen – und dabei besonders im sozialen und kulturellen Bereich – zu erringen. Die Leitungen der Universitäten, Hoch- und Fachschulen verfügen nicht über eine gründliche Analyse der Wirksamkeit kirchlicher Kreise und können deshalb auch kaum zielgerichtete Maßnahmen zur Eindämmung der Aktivitäten dieser Gruppen einleiten.“²⁵

Herbstsemester 1968

In den Sommerferien des Jahres 1968 fand ein Ereignis statt, das alle Reformhoffnungen im sozialistischen Lager zunichte machte. Am 21. August 1968 überrollten die Panzerdivisionen des Warschauer Paktes die Tschechoslowakei und beendeten das Reformexperiment des Prager Frühlings.

Als an den Universitäten der DDR Anfang September 1968 der Studienbetrieb begann, herrschte eine angespannte Atmosphäre. Überall fanden Versammlungen statt. Auch hier wurden mündliche und schriftliche Zustimmungserklärungen eingefordert, und dort, wo sich Widerspruch regte, wurden die Funktionäre der FDJ und der SED aktiv. In einer ausführlichen Analyse der Abteilung Wissenschaften im ZK der SED über die politisch-ideologische Situation nach dem 21. August 1968 heißt es zunächst pauschal:

23 BStU, MfS, Verwaltung Groß-Berlin, A 1140/2, Einzel-Information 48/68 vom 24. Juli 1968 über die Haltung von Mitgliedern des Studentenkreises im evangelischen Jungmännerwerk zu den Ereignissen in der ČSSR.

24 Ebd.

25 BPA Berlin IV B – 2/9.02/643, Information des Sekretariats des ZK vom 28. Januar 1969 zur politisch-ideologischen Situation unter den Studenten.

„Es gelang dem Gegner nicht, fühlbare ideologische Einbrüche bei den Studenten zu erreichen.“²⁶

Dann wird allerdings eingeschränkt: „In dieser Zeit scharfer politischer Auseinandersetzungen wurden jedoch auch die Schwächen unserer ideologischen Arbeit deutlicher. Bei exakter Analyse des Denkens zeigt sich, daß der 21. August ein tiefer Einschnitt in die Persönlichkeitsentwicklung vieler Studenten war, wichtige politische Grundfragen nach wie vor unklar sind (Rolle des sozialistischen Weltsystems mit der SU an der Spitze, die Frage der Macht, Charakter der Konvergenztheorie) und viele Studenten – bis hinein in das Aktiv – in ihren politischen Grundpositionen erschüttert wurden. Trotz klärender Diskussionen haben bis heute viele Studenten die Vorgänge in der ČSSR noch nicht in ihrer ganzen Tiefe als Klassenfrage begriffen. In Diskussionen über sogenannte ‚Detailfragen‘ zeigen sich fehlendes Vertrauen zur Politik der SED und der Regierung der DDR, Zweifel an der Notwendigkeit der Maßnahme der 5 befreundeten Länder und eine falsche Einschätzung der Gefährlichkeit der imperialistischen Globalstrategie und des westdeutschen Imperialismus.“²⁷

Die Berichtersteller waren klug genug, zu bemerken, daß sich viele Studenten den Funktionären gegenüber zurückhielten, um nicht ins offene Messer zu laufen. „Verschiedene Studenten“, heißt es, „die nicht offen feindliche Positionen vertreten wollten, versteckten ihre Ablehnung hinter Scheinargumenten, z.B.: Die DDR hätte zeitiger über die gefährliche konterrevolutionäre Entwicklung in der ČSSR informieren müssen – viele Studenten hätten mit der Entwicklung in der ČSSR sympathisiert und wären von der DDR-Presse nicht rechtzeitig gewarnt worden.“²⁸ Das war in der Tat ein schwacher Punkt. Die Kommentare der DDR-Presse richteten sich bis zum 21. August 1968 immer gegen diffuse „konterrevolutionäre Kräfte“, niemals aber gegen die Führung von Staat und Partei in der ČSSR. Es gab Fälle, in denen im September 1968 Protokolle vom März oder April 1968 hervorgezogen wurden. Damals konnte es schwerlich als Delikt gewertet werden, wenn man die Maßnahmen der Partei- und Staatsführung des Bruderlandes für gut befand. Nun wurde retrospektiv ein Gedankenverbrechen aus Äußerungen konstruiert, die Monate zurücklagen.

Insgesamt verspürten viele Studenten nach dem 21. August 1968 wenig Lust, Grundsatzzdebatten vom Zaun zu brechen, deren Folge Disziplinierungsmaßnahmen gewesen wären. Sinnvoller schien es, konkrete Kritik an den Studienbedingungen zu üben. Die SED forderte ja ständig schöpferische Kritik, sogar revolutionären Elan bei der Durchsetzung der Hochschulreform. Die Partei geriet also in einen gewissen Zwiespalt, wenn diese Aufforderung ernstgenommen wurde. „Bis weit in das FDJ-Aktiv hinein“, heißt es in der Analyse, „entstanden spürbare Tendenzen der Unzufriedenheit, des Pessimismus und der Resignation (bis zur Androhung ‚studentischer Aktionen‘. An der Karl-Marx-Universität Leipzig äußerten einige Medizinstudenten, wenn sich trotz jahrelanger Kritik an der Pathologie nichts ändere, müsse man eben mal das Institut besetzen.“²⁹

Die Monate nach dem Einmarsch der Invasionstruppen in die Tschechoslowakei waren die große Zeit der Hexenjäger und Denunzianten. Für manche war es auch die

26 SAPMO-BArch, IV A 2/9/04/21, ZK der SED, Abt. Wissenschaften, Material zur Analyse über die politisch-ideologische Situation unter den Studenten nach dem 21.8.1968.

27 Ebd., Bl. 1 f.

28 Ebd., Bl. 2 f.

29 Ebd., Bl. 9.

Stunde der Abrechnung mit dem Geist des Reformismus. Und diese Abrechnung traf Schuldige wie Unschuldige.

Laut einem Bericht des Sekretariats des ZK wurden nach dem 21. August 1968 an den Hochschuleinrichtungen der DDR „127 Disziplinarverfahren wegen politischer Vergehen [...] durchgeführt“.³⁰ An der Berliner Humboldt-Universität wurden zehn Disziplinarverfahren gegen insgesamt 18 Studenten eingeleitet. 16 Studenten der Berliner Universität wurden verhaftet, acht davon wegen versuchter Republikflucht. Fünf Studenten gelang die Flucht in den Westen.

Diese bei etwa 12 000 Studierenden gering erscheinenden Zahlen dürfen nicht vergessen machen, daß eine statistisch schwer erfaßbare Zahl von Studenten auf andere Weise reglementiert wurde. Oft wurde dem Delinquenten vor dem formellen Disziplinarverfahren angeboten, freiwillig das Studium zu beenden oder sich zur Bewährung in der Produktion zu verpflichten. Dadurch vermieden die Betroffenen einen schwarzen Fleck in der Kaderakte, von dem sie wußten, daß er sich nur schwer tilgen lassen würde. Im Falle einer Läuterung am Busen der Arbeiterklasse gab es sogar die Möglichkeit, das Studium später fortzusetzen. Auch kam es nicht selten vor, daß unbotmäßige Studenten unter dem Vorwand schlechter Studiendisziplin oder wegen angeblicher Verletzung der sozialistischen Moral von der Universität entfernt wurden. Wichtiger noch ist, daß jeder der Fälle eine abschreckende Wirkung auf viele andere Studenten hatte. In dem festgefügt und scheinbar stabilen System der DDR reichte es in der Regel, wenn den potentiellen Übeltätern die Instrumente gezeigt wurden.

Natürlich gab es immer wieder einzelne Studenten und kleine Gruppen, die sich gegen den Allmachtsanspruch der Partei zur Wehr setzten. Doch weit mehr Studenten hielten jeden Widerstand für aussichtslos. Viele flüchteten sich in die Refugien reiner Fachwissenschaft, andere unterwarfen sich auch innerlich dem Staat. Immerhin bot er seinen jungen Eliten auch Karrierechancen und Aussichten auf einen hervorgehobenen sozialen Status. Zudem verfeinerten sich die Auswahlmechanismen beim Hochschulzugang immer mehr. Über die Universitäten legte sich eine lähmende Friedhofsruhe. Als sich Ende der siebziger Jahre im Umfeld der Kirchen eine oppositionelle Öffentlichkeit entwickelte, stieß diese selbst bei kritisch eingestellten Studenten und jungen Wissenschaftlern auf Unverständnis und Ablehnung. Unter den Demonstranten im Herbst 1989 haben sich sicherlich auch Studenten befunden. Ein Zentrum des Aufbruchs zu neuen Ufern war die Humboldt-Universität damals sowenig wie die anderen Hochschulen der DDR. Die kritischen Impulse der sechziger Jahre gehörten längst der Vergangenheit an.

30 BPA Berlin IV B - 2/9.02/643, Information des Sekretariats des ZK vom 28. Januar 1969 zur politisch-ideologischen Situation unter den Studenten.